

Bundesamt für Energie
3003 Bern
Per Mail an energiestrategie@bfe.admin.ch

Bern, 5. Mai 2017

Vernehmlassung Änderungen auf Verordnungsstufe zur Energiestrategie 2050

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband dankt für die Möglichkeit, sich zu den verschiedenen Änderungen äussern zu können.

Für den Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverband sind in erster Linie die Änderungen bei den Eigenverbrauchsgemeinschaften in der **Energieverordnung** von Bedeutung. Unser Verband steht der Stärkung der Eigenverbrauchsgemeinschaften als Beitrag zur Erreichung der energiepolitischen Zielsetzungen und zur Produktion sauberer Energie positiv gegenüber. Er hat aber im Vorfeld eine Zustimmung davon abhängig gemacht, dass Mieterhaushalte keine überhöhten Strompreise bezahlen, die Kosten weiterhin verbrauchsabhängig abgerechnet werden und die Abrechnungen transparent gestaltet werden. Soll dereinst ein massgeblicher Anteil des Stroms innerhalb von Verbrauchsgemeinschaften produziert werden, so liegen die Investitionskosten bei mehreren Milliarden Franken. Daraus resultieren für die Haushalte nicht unerhebliche Elektrizitätskosten. Die Verhinderung überhöhter Preise ist aus Gründen des Konsumentenschutzes absolut notwendig.

Der Verordnungsentwurf nimmt wichtige Punkte auf. In Art. 17 regelt der Verordnungsentwurf, dass die Kosten verbrauchsabhängig und verursachergerecht verrechnet werden müssen. Die Kosten werden über die Nebenkosten abgerechnet und können gemäss Kommentar nicht in die Nettomiete eingerechnet werden. Der Mieterinnen- und Mieterverband unterstützt dieses Modell. Eine Einpreisung der Anlagekosten für die Solaranlage in die Nettomiete würde eine verbrauchsabhängige Abrechnung verunmöglichen und die Kostenaufteilung komplizierter machen – denn gewisse Komponenten würden trotzdem über die Nebenkosten abgerechnet werden müssen.

Gemäss Mietrechtsverordnung (VMWG) Art. 6 sind die Verzinsung und Abschreibung einer Heizungs- und Warmwasseraufbereitung nicht nebenkostenfähig. Aus diesem Grund wurde für den Energiebezug von einer ausgelagerten Zentrale der Art. 6a eingefügt, damit bei einem Energiecontracting die tatsächlich anfallenden Kosten in Rechnung gestellt werden können. Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband schlägt vor, dass auch für die vor Ort produzierte Elektrizität in Verbrauchsgemeinschaften analoge Fragen auf Verordnungsstufe geklärt werden. Sinnvollerweise erfolgt dies ebenfalls in der Mietrechtsverordnung, wo sie Praktikerinnen und Praktiker suchen.

Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband regt an, dass ebendort präzisiert wird, welche Kosten gemäss Art. 17 Abs.2 b unter «intern anfallende Kosten» abgerechnet werden können. Wird dies nicht in der Verordnung geregelt, so werden sich die Gerichte um eine Klärung bemühen müssen. Da es sich richtigerweise um die für das Mietwesen zuständigen Zivilgerichte handelt und nicht um die Regulierungsbehörde El-Com, welche im Bereich Stromkosten über mehr Fachwissen verfügt, brauchen diese klare Handlungsanweisungen.

Aus Sicht des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands gehören zu den anfallenden Kosten (Gestehungskosten) analog den Vorgaben der Mietrechtsverordnung:

- a. die Verzinsung (Eigenmittel und Fremdkapital);
- b. die Amortisation während einer massgeblichen Lebensdauer der anrechenbaren Investitionskosten abzüglich der Fördergelder;
- c. die Kosten für den Anlagenbetrieb, den Unterhalt sowie den übrigen Betriebskosten;

Aus Sicht des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverband lässt der Verordnungsentwurf verschiedene Interpretationen zu, was mit den Erlösen aus der Einspeisung von Strom ins Netz geschieht, respektive von wem die Gestehungskosten für den ins Netz eingespeisten Strom bezahlt werden. Je nach Regelung der Verrechnung dieser Kosten und Einnahmen wird das Marktrisiko vollständig auf die Mieterinnen und Mieter abgeschoben, die als ZwangskonsumentenInnen jegliche Kosten tragen müssten.

Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband wünscht eine Stärkung der Mieterinnen und Mieter in den Eigenverbrauchsgemeinschaften. In der Verordnung oder in einem Musterreglement soll der Einbezug und die Mitsprache der Mietenden geregelt werden, sei dies in Bezug auf Entscheide zum Einkauf des externen Stromprodukts oder sei dies in Fragen von zu tätigen Investitionen in den Eigenverbrauchsanlagen.

Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband regt an, dass unter der Federführung des Bundesamtes für Wohnungswesen und unter Beteiligung der betroffenen Verbände die Verordnung bereinigt wird, damit die Regeln betreffend der Kostenberechnung für alle Beteiligten möglichst klar. Dazu braucht es auch realistische Zahlenbeispiele, welche die Annahmen plausibilisieren lassen.

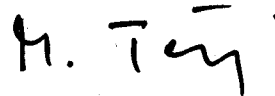
In der **Stromversorgungsverordnung** unterstützt der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband die vorgesehene Regelung in Art. 18 zu den Netznutzungstarifen. Die Gleichstellung aller Endverbraucher mit einem Verbrauch bis 15 kVA mit einem fixen Preis schafft Sicherheit und schützt sie vor unberechenbaren Preiserhöhungen bei der Netznutzung.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Mieterinnen- und Mieterverband



Carlo Sommaruga
Präsident



Michael Töngi
Generalsekretär